

Elias Quaderer

Mit der gestern veröffentlichten Traktandenliste steht fest: Der Landtag wird sich nächste Woche mit der Verfassungsinitiative für ein Casinoverbot und dem Casino-Moratorium befassen. Während die IG Volksmeinung mit ihrer Initiative durchsetzen will, dass bis 2028 alle Spielbanken wieder schliessen müssen, möchte die Regierung mit dem Moratorium erreichen, dass bis Ende 2025 keine neue Bewilligungen erteilt werden.

Sollte die Verbotsinitiative im Landtag nicht durchkommen, wird eine Abstimmung anberaumt. Anders beim Moratorium: Hier beantragt die Regierung, das Gesetz für dringlich zu erklären. Stimmen dem die Abgeordneten zu, wird es nicht möglich sein, ein Referendum zu ergreifen und damit das Volk über den Bewilligungsstopp entscheiden zu lassen. An dem Vorgehen wurde bereits Kritik laut. Dies sei ein «brutales Dazwischengrätschen in einen demokratischen Prozess», meinte die IG Volksmeinung. Vor dem Hintergrund führte das «Vaterland» eine Umfrage unter den Parteien durch: Sollte das Volk auch beim Moratorium das letzte Wort haben? Und soll gleichzeitig über das Moratorium und das Verbot abstimmen?

Patrick Risch,
FL-Fraktionssprecher

«Ein Unding und demokratiepolitisch nicht vertretbar»



Wir von der Fraktion von der Freien Liste sind der Meinung, dass das Moratorium

zu einer Unzeit kommt. Es ist schon fast unverschämt, dass die Regierung gerade jetzt mit einem Moratorium kommt, wo eine Volksinitiative für ein absolutes Casinoverbot zustande gekommen ist. Es sieht sehr danach aus, dass die Regierung hier nun versucht, den Casinogegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie ein Moratorium vorschlägt.

Die Regierung hätte vor Monaten die Möglichkeit gehabt, ein Moratorium zu bringen, so wie es im Landtag schon diskutiert worden ist. Nun ein Moratorium zum jetzigen Zeitpunkt vorzuschlagen und dann das Gesetz also noch für dringlich zu erklären, ist ein Unding und demokratiepolitisch nicht vertretbar. Wenn, dann soll das Volk

über beide Vorlagen befinden: ein Casinoverbot oder ein Moratorium.

Norma Heidegger,
VU-Abgeordnete

«Demokratischer Prozess soll nicht beschnitten werden»



Wir haben im Jahr 2019 mit dem eingereichten Postulat «Gestaltung einer grössenverträglichen Casinolandschaft Liechtenstein» gefordert, die Möglichkeiten eines Bewilligungsmoratoriums zu prüfen.

Dazumal hat die gesetzliche Grundlage für ein Bewilligungsmoratorium gefehlt, diese soll nun durch dieses Gesetz geschaffen werden. Das ist aus meiner Sicht begrüssenswert. Der Gesetzesvorlage und damit dem Bewilligungsmoratorium werde ich zustimmen, einer dringlichen Behandlung nicht. Ich sehe hier keine kritische Situation, weshalb der demokratische Prozess, und damit die Möglichkeit eines Referendums, beschnitten werden soll.

Persönlich bin ich gegen ein Casinoverbot, da ich nach wie vor flankierende Massnahmen und zielgerichtete Regulierungen bevorzuge. Ein Verbot würde unserer Reputation als verlässlicher Rechtsstaat schaden. Es ist für mich nicht zwingend,

dass gleichzeitig über das Moratorium und das Verbot abgestimmt werden muss.

Daniel Oehry,
FBP-Fraktionssprecher

«Bei Dringlichkeit habe ich Fragen an die Regierung»



Ich wurde in den Landtag gewählt, um mir ein umfassendes Bild zu diversen Fragestellungen zu erarbeiten. Ich nehme diese Aufgabe sehr ernst und investiere viel Zeit, um am Ende zu einer Sichtweise zu gelangen.



Dann gilt es, Farbe zu bekennen und mit Ja oder Nein abzustimmen. Erst dann stellt sich die Frage, ob eine Vorlage vor das Volk soll, weil dies z. B. ein ethisches Thema darstellt. Verfassungsänderungen müssen aus meiner Sicht immer vor das Volk. Die Aufnahme des Glücksspielverbotes in die Verfassung werde ich nicht unterstützen. Nach Abwägung aller Argumente bin ich der Meinung, dass dies der falsche Weg ist.

Bezüglich Dringlichkeitserklärung des Moratoriums habe ich Fragen an die Regierung, und je nach Rückmeldung werde ich den geordneten oder den beschleunigten Weg unterstützen.

Thomas Rehak,
DpL-Abgeordneter

«Dringlichkeit werde ich nie und nimmer zustimmen»



Ich finde es sehr unglücklich, dass die Regierung jetzt mit einem

Moratorium voranprescht. Aus meiner Sicht soll das Volk zuerst einmal den Grundsatzentscheid fällen, ob es die Casinos verbieten will. Ich sehe hier keinen Grund, voreilig zu handeln. Denn das Moratorium kommt ohnehin viel zu spät. Ob es fünf, acht oder zehn Casinos im Land gibt, macht doch keinen Unterschied. Das einzige richtige Vorgehen bei den Casinos wäre, die Steuersätze anzuheben.

Dementsprechend werde ich einer Dringlichkeitserklärung auch nie und nimmer zustimmen. Das Moratorium darf auf keinem Fall dem Referendum entzogen werden.